

beteiligt sind. Das Projekt konstituiert sich derzeit und steht mit Öko-Forschungseinrichtungen in den USA, England, Japan und Australien in wissenschaftlichem Austausch. (GMRB, 11.6.93)

Für China in ganz anderer Weise relevant ist ein Ende Mai erlassenes totales Verbot des Handels mit Rhinozeroshorn und Tigerknochen. Beide spielen eine große Rolle in der traditionellen Medizin und gelten als Stärkungsmittel. Da China der weltweit größte Abnehmer für diese Tierprodukte sein dürfte, wird sich dieses Verbot, so es denn greift, auf den Schutz von Nashörnern und Tigern positiv auswirken können. China erfüllt mit dem Erlaß internationale Verpflichtungen, die es als Mitglied der Artenschutzkonvention eingegangen ist. Bisher bestanden schon Handelseinschränkungen, die jedoch offenbar wenig effektiv waren. (GMRB und RMRB, 3.6.93; IHT, 7.6.93) -hws-

*(19)

Vorgeburtliche Geschlechtsbestimmung soll unterbunden werden

Peng Peiyun, die Leiterin der Familienplanungskommission, erklärte in einem Zeitungsinterview, Krankenhäusern werde in Zukunft nicht mehr erlaubt sein, das Geschlecht von Ungeborenen durch Ultraschall festzustellen und damit der Frau die gezielte Abtreibung eines unerwünschten weiblichen Fötus zu ermöglichen. Derlei Ultraschalluntersuchungen erfreuen sich derzeit steigender Beliebtheit, und viele Krankenhäuser bieten den Service gegen entsprechende Bezahlung an. Damit soll nun Schluß sein, denn, so Peng, "man unternahme große Anstrengungen, den Gedanken zu verbreiten, daß Jungen und Mädchen gleichwertig sind". (SCMP, 27.6.93)

Daß sich die Nicht-Anwendung der Geräte zum Zweck der Geschlechtsbestimmung wird durchsetzen lassen, dürfte wenig wahrscheinlich sein. Schon beginnen private Geschäftsleute, diesen Service anzubieten. (Ebenda) China wird sich wohl auf einen weiter wachsenden Überschuß an männlichem Nachwuchs einstellen müssen. (Vgl. C.a., April 93, Ü 15) -hws-

Außenwirtschaft

*(20)

"Rückzahlung der Auslandsschulden kein Problem"

In einem Leitartikel in der *China Daily* vom 8.7.93 wird auf die Fähigkeit Chinas zur Rückzahlung der Auslandsschulden ohne Rückgriff auf die Devisenreserven hingewiesen. Obwohl die Auslandsverschuldung 1992 auf 69,32 Mrd.US\$ gestiegen und die staatlichen Devisenreserven auf 19,4 Mrd.US\$ zurückgegangen seien, könnten Zinsen und Tilgung durch Deviseneinkommen aus Tourismus, Außenhandel und Einkommen chinesischer Arbeitskräfte im Ausland gedeckt werden.

Chinas Schuldendienstquote (Relation der Schuldendienste zu den Erlösen aus Waren- und Dienstleistungsexporten) lag 1992 nach Angaben der *China Daily* bei 7,34%. -schü-

*(21)

Zahlungsbilanz 1992

Das Staatliche Statistikamt stellt die Zahlungsbilanz für 1992 vor, die im folgenden wiedergegeben wird:

Zahlungsbilanz 1992 (in Mio.US\$)

1. Leistungsbilanz	6,402
- Handelsbilanz	5,182
Export (fob)	69,567
Import (fob)	64,385
- Dienstleistungsbilanz	63
Exporte	14,844
Importe	14,781
- Übertrag.bilanz	1,156
Priv.Nettotransfer	804
Öffentl.Nettotransfer	352
2. Kapitalverkehrsbilanz	-250
- Langfrist.Kapitalver.	656
Zuflüsse	27,642
Abflüsse	26,986
- Kurzfr.Kapitalver.	-906
Zuflüsse	2,581
Abflüsse	3,487
3. Restposten	-8,419
4. Veränderung der	
staatl. Reserven	2,267
darunter: Devisen	2,269

(CEN, No.21, 7.6.93) -schü-

*(22)

Stärkere Exportförderung notwendig

Vor dem Hintergrund hoher Importzuwachsrate und der nur relativ geringen Exportsteigerung in diesem Jahr soll die Förderung der Ausfuhren verstärkt werden. Auf einer nationalen Telefonkonferenz am 8.6.93 bestätigte der stellvertretende Ministerpräsident und ehemalige MOFERT-Minister Li Lanqing, daß die Situation im Außenhandel derzeit schwierig sei. Wesentliche Ursachen für die Probleme im Außenhandel sind der neuen MOFTEC-Ministerin Wu Yi zufolge die starke Nachfrage auf dem Binnenmarkt, Preissteigerungen und die Zunahme der Exportkosten, knappe Finanzmittel für den Ankauf von Exportgütern und ein unzureichendes Angebot von Transportdienstleistungen, vor allem bei der Eisenbahn.

Als Maßnahmen zur Förderung der Exporte nannte Li Lanqing die weitere Bereitstellung von Krediten zu Vorzugsbedingungen an Außenhandelsgesellschaften und von Finanzmitteln für die Herstellung von Exportprodukten. Die entsprechenden Abteilungen müßten umgehend damit beginnen, den Unternehmen, die Deviseneinkommen an den Staat abliefern, materielle Anreize zur Verfügung zu stellen. Die Ausgabe von Schuldscheinen anstelle von Bargeld an Außenhandelsgesellschaften und exportorientierte Industrieunternehmen sei nicht erlaubt. Weiterhin müsse das Exportsteuer-Rückvergütungssystem weiter verbessert und dem Transport von Exportgütern [im Inland] Priorität eingeräumt werden. Li Lanqing forderte auch, daß mehr Industrieunternehmen und wissenschaftlichen Forschungsinstitutionen Rechte zum Handel mit dem Ausland eingeräumt werden sollten, damit der Anteil der direkt am internationalen Markt Beteiligten steigen könne. (Xinhua News Agency Domestic Service in Chinese, 8.6.93, in SWB, 21.6.93) -schü-

Binnenwirtschaft

*(23)

Wirtschaftsdaten für Mai/Juni 1993: China boomt weiter

Nach einer Erhöhung des Bruttonationalprodukts (BSP) im 1.Quartal 1993 um 15,1% im Vergleich zur Vorjah-

resperiode wird nach offizieller Einschätzung mit einem BSP-Wachstum von 13-14% im 1.Halbjahr gerechnet. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betrug im 1.Quartal 14,1%. Noch Anfang d.J. war von einer Zuwachsrate von 8-9% ausgegangen worden. Der stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji hatte im Mai d.J. die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Leistung für 1993 insgesamt um 10% für wahrscheinlich gehalten. (IHT, 24.6.93; *Renmin Ribao*, 23.6.93)

Den Angaben des Staatlichen Statistikamtes zufolge war das erste Halbjahr durch ein weiterhin hohes industrielles Wachstum gekennzeichnet. Gegenüber dem 1.Halbjahr 1992 stieg der industrielle Bruttoproduktionswert um 25,1%. Allein im Juni 1993 erhöhte sich die Zuwachsrate der Industrieproduktion um 30,2% gegenüber dem Vorjahresmonat. Der Wert der leichtindustriellen Produktion stieg im 1.Halbjahr um 22,2% und der schwerindustriellen Produktion um 27,8%. Damit weitete sich der Anteil der Schwerindustrie an der gesamten Industrieproduktion im Sechsmonatszeitraum auf 53,1% aus (1992: 52%). (CD, 9.7.93; *NfA*, 12.7.93)

Das Staatliche Statistikamt weist in seinem Bericht darauf hin, daß das industrielle Hochwachstum bereits zu Ungleichgewichten zwischen einzelnen Sektoren der Volkswirtschaft geführt habe und die Stabilität der Märkte beeinträchtigt. So sei eine akute Knappheit bei Rohstoffen und Energie eingetreten, der Transportsektor sei überlastet und der Finanzmarkt gestört. Auch äußerte das Statistikamt die Befürchtung, daß bei einem unverändert hohen Wachstum die Gefahr einer Überausweitung der Konsumgüternachfrage auftreten könne. Diese Entwicklung könne zu einem erneuten Auftreten von gleichzeitig hoher Investitions- als auch Konsumgüternachfrage führen, die für die Krisenjahre 1988/1989 charakteristisch gewesen sei.

Die Regierung sei sich jedoch der derzeitigen wirtschaftlichen Probleme bewußt, so das Statistikamt, und habe unter Einsatz verbesserter makroökonomischer Kontrollmechanismen angemessene Maßnahmen zur Regulierung der binnenwirtschaftlichen Entwicklung getroffen. Für die zweite Hälfte d.J. sei damit zu rechnen, daß die Maßnahmen Auswirkungen zeigen. (CD, 9.7.93)

Nach Mitteilung der *China Material News* stiegen die Preise für Produktionsgüter im Mai d.J. im Vergleich zum Vorjahresmonat um 51,3%; gegenüber dem Vormonat April 93 betrug der Preisanstieg im Mai 3,5%. Die Zunahme der Preise von April auf Mai d.J. machte bei Stahl 4,9%, bei Aluminium 1,6% und bei Holz 9,6% aus; die Preisveränderungsrate dieser Produkte auf Jahresbasis wurde nicht angegeben. Während das Preisniveau bei NEMetallen kaum verändert war, sanken die Kupferpreise um 1,5%. (SCMP, 17.6.93)

Es kann davon ausgegangen werden, daß sich die Preiserhöhungen bei Produktionsgütern mit zeitlicher Verzögerung weiter auf den Konsumgüterpreisanstieg auswirken werden.

Der offizielle Index der Lebenshaltungskosten der städtischen Bevölkerung erhöhte sich nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes in den ersten fünf Monaten d.J. um 16,7% im Vergleich zur Vorjahresperiode. (CD, 15.6.93) Schätzungen zufolge wird von einer tatsächlichen Inflation von 20% ausgegangen. (SCMP, 17.6.93)

Der Anstieg des Einzelhandelsumsatzes im Mai d.J. in Höhe von 27,3% (Jahresbasis) weist darauf hin, daß sich die Konsumenten aufgrund der zunehmenden Inflation verstärkt mit langlebigen Konsumgütern versorgen. Während der Umsatz landwirtschaftlicher Produkte eher schleppend verlief, erhöhte sich der Umsatz von Konsumgütern allein im Mai um 31,8% im Vergleich zum Vorjahresmonat. Eine hohe Nachfrage bestand vor allem bei elektrischen Haushaltsgeräten, Gold- und Silberschmuck, Kleidung und Kinderspielzeug. Hohe Umsatzzahlen verzeichneten Farb-TV (Umsatzsteigerung bei Fernsehgeräten insgesamt allein im Mai 59,7% im Vergleich zum Vorjahresmonat), Kühlschränke (+34,1%, SCMP, 16.6.93), Videorekorder (+22,4%, SCMP, 16.6.93), Waschmaschinen (+34,7%, SCMP, 16.6.93) und Radiogeräte. Die starke Nachfrage nach Gold ließ den Verkaufspreis von 120 Yuan/Gramm von Anfang d.J. auf 130-148 Yuan/Gramm im Mai d.J. steigen. In den ersten fünf Monaten nahm der Einzelhandelsumsatz insgesamt mit einer Zuwachsrate von 20,2% im Vergleich zur Vorjahresperiode zu. Unter Berücksichtigung der Preissteigerungen wird die reale Wachstumsrate mit 9% angegeben. (CD, 15.6.93)

Der Transportsektor erweist sich zunehmend als Engpaßfaktor der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Für das Jahr 1993 besteht eine Vorgabe für das Frachtvolumen im Eisenbahntransport von insgesamt 1,56 Mrd.t, bis Ende Mai d.J. belief sich das realisierte Volumen jedoch auf lediglich 631 Mio.t und lag damit um 14 Mio.t unter dem geplanten Niveau bzw. war 0,2% geringer im Vergleich zur Vorjahresperiode. Auch der Kohletransport per Schiff konnte die Eisenbahn nicht entlasten. So lag das Frachtvolumen im genannten Zeitraum sogar um 9,6% niedriger als geplant; dies stellt einen Rückgang um 2,4% gegenüber der Vorjahresperiode dar. (CD, 15.6.93) -schü-

*(24)

Abschlußbericht zum Staatshaushalt 1992

Auf der Plenartagung des Ständigen Ausschusses des NVK legte Finanzminister Liu Zhongli Ende Juni d.J. den Abschlußbericht zum Haushalt 1992 vor. Dem Bericht zufolge beliefen sich die Staatseinnahmen im letzten Jahr auf 415,35 Mrd.Yuan, eine Zunahme um 6,2% gegenüber der geplanten Einnahmesteigerung. Die Staatsausgaben betragen 438,96 Mrd. Yuan und lagen damit um 6,5% über dem Haushaltsansatz. Damit machte das Defizit im Haushalt insgesamt 23,66 Mrd.Yuan aus, 2,877 Mrd.Yuan mehr als geplant. In diesem Defizit sind allerdings die in- und ausländischen Kredite nicht berücksichtigt, die als Einnahmen definiert werden.

Als Gründe für das Defizit im Staatshaushalt nannte Liu Zhongli zusätzliche Ausgaben aufgrund des schnellen Wirtschaftswachstums, Ausgabensteigerungen bedingt durch sich überlappende Regierungsorganisationen sowie eine starke Zunahme der Konsumausgaben von Staatsunternehmen und Verwaltungen. Diese Entwicklungen sind Liu Zhongli nach bedingt durch das derzeitige Finanzsystem, das noch nicht ausreichend auf marktwirtschaftliche Bedingungen umgestellt worden sei und dementsprechend noch nicht über die notwendigen Mechanismen zur makroökonomischen Steuerung verfüge. (XNA, 29.6.93) -schü-

*** (25) Neuer Zentralbankpräsident Zhu Rongji will "Chaos" im Bankensektor beseitigen**

Die *Renmin Ribao* berichtet am 3.7.1993 von der Ablösung des Zentralbankpräsidenten Li Guixian durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten Zhu Rongji. Li Guixian war seit April 1988 Zentralbankpräsident, und seine Entlassung kann im Zusammenhang mit der krisenhaften Entwicklung im Bankensektor und der unzureichenden geldpolitischen Steuerung gesehen werden, die zu einer Explosion der Geldmenge und einer Überexpansion der Investitionen geführt hat. Auch wird ihm u.a. vorgeworfen, die Entwicklung der intermediären Finanzinstitute nicht ausreichend kontrolliert zu haben. So hätten beispielsweise Treuhandgesellschaften unbeschränkt Kredite für Investitionen in den Immobiliensektor und den Aufbau industrieller Entwicklungszonen aufnehmen können. (FT, 1.7.93)

Auch die *China Daily* kommentiert die Neubesetzung mit Zhu Rongji als Präsident als ein deutliches Zeichen der Zentralregierung, eine stärkere Kontrolle über die Entwicklung des Geldmarktes ausüben zu wollen. (CD, 3.7.93)

Nach Angaben der KPCh-finanzierten Hongkonger *Wen Hui Bao*, die sich bei ihren Informationen auf hochrangige offizielle Vertreter in der Zentralregierung bezieht, seien im Bankensektor und in anderen Wirtschaftsbereichen folgende schwerwiegende Probleme aufgetreten:

1. Spezialbanken transferierten größere Finanzmittel an von ihnen gegründete Unternehmen, um damit Projekte zu finanzieren. Einige Banken setzten selbst kurzfristige Interbankenkredite für Anlageinvestitionen, Grundstücks- und Immobiliengeschäfte und Wertpapierkäufe ein. Auf diese Weise seien umfangreiche Finanzmittel abgeflossen.
2. Aufgrund der nunmehr bestehenden vielfältigen Kapitaleinsatzmöglichkeiten seien plötzlich verschiedene Finanzierungsarten für Unternehmen und andere Institutionen entstanden, deren Entwicklung außer Kontrolle zu geraten drohe.

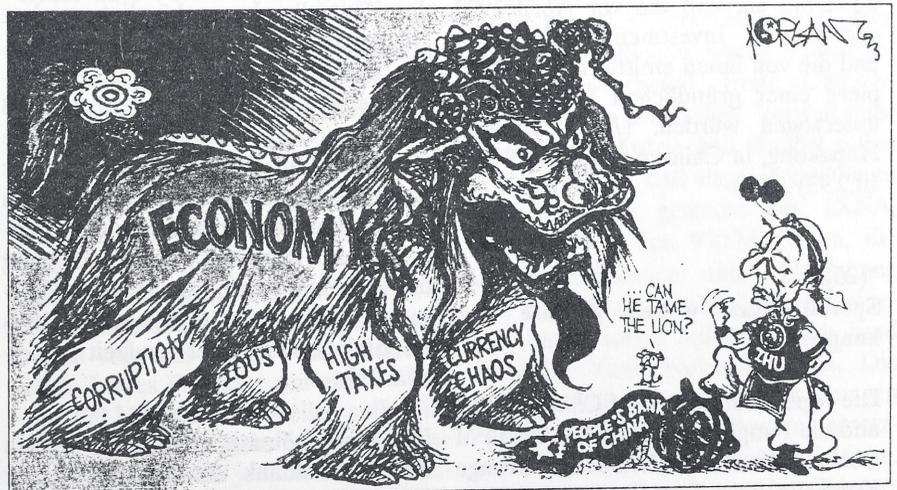
Außerdem bestände die Tendenz, daß Kapital verstärkt in die wirtschaftlich höher entwickelten Süddregionen fließe und damit die Kapitalknappheit in den nördlichen Gebieten verstärkt würde.

3. Durch die [zu] hohe Kapitalnachfrage für Anlageinvestitionen, die hektische Bildung von industriellen Entwicklungszonen und die Überexpansion der Investitionen in den Grundstücks- und Immobiliensektor wären massiv Finanzmittel absorbiert worden. Problematisch sei, daß bei diesen Investitionen erst nach langer Zeit mit Erträgen gerechnet werden könne.
4. In zunehmendem Maße würden Finanzmittel für Kapitalbewegungen [für Umlaufmittel?] der Unternehmen eingesetzt. Die Verschuldungsketten der Unternehmen seien inzwischen zu einem schwerwiegenden Problem geworden.
5. Außerhalb des Bankensystems habe sich die cash-flow-Situation der Unternehmen [Indikator zur Messung der Innenfinanzierungskraft der Unternehmen] verschlechtert. Unternehmen, die derzeit nicht über Kreditvereinbarungen ihre Geschäfte abwickelten, seien eine Seltenheit.
6. Die niedrigen Sparzinsen hätten Bankkunden abgeschreckt, Kapital anzulegen.

Zhu Rongji hat nun die Aufgabe, die Probleme im Bankensektor, die im direkten Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Überhitzung stehen, zu lösen. Erste Maßnahmen kündigte Zhu Rongji auf der Nationalen Arbeitskon-

ferenz für Finanzen Anfang Juli d.J. an, die er in seiner Funktion als Zentralbankpräsident leitete und auf der die Direktoren der lokalen Zentralbank-Zweigstellen und die Direktoren der Spezialbanken anwesend waren. Die Konferenz stellte Zhu Rongji unter das Motto: Die Erfolge bestätigen (*kending chengji*), bei Fehlern Selbstkritik üben (*jiantao quedian*), die [Finanz]Ordnung ausrichten (*zhengdun zhixu*) und die Reform vorantreiben (*tuijin gaige*). Zhu Rongji zufolge zeigten sich die derzeitigen wirtschaftlichen Probleme in der Knappheit der Finanzmittel, deren Ursachen auf die Überexpansion der Anlageinvestitionen und der unzureichend veränderten Wirtschaftsstruktur zurückgingen. (*Jingji Ribao*, 6.7.93)

In seiner Rede zum Abschluß der Konferenz erklärte Zhu Rongji, daß eine Verstärkung der geplanten makroökonomischen Kontrolle jedoch nicht gleichzusetzen sei mit einer umfassenden Austeritätspolitik (die zur Lösung der wirtschaftlichen Überhitzung 1988/89 verfolgt worden war). Notwendig sei die Verbesserung der Industriestrukturen und Beseitigung der Engpässe bei Infrastruktureinrichtungen. Dementsprechend müßten die Investitionen auf die Bereiche Landwirtschaft, Industrieproduktion und Infrastruktur konzentriert werden, um ein stabiles Wachstum zu garantieren. Wichtiger Teilaspekt der makroökonomischen Kontrolle sei die Ausrichtung der Finanzordnung und die Durchsetzung der Disziplin. Als Maßnahmen gegen die "chaotische Situation" im Bankensektor stellte Zhu Rongji drei Disziplinregeln auf, die von den Banken einzuhalten seien:



(aus: FEER, 15.7.93)

1. Die Vergabe von Interbank-Krediten entgegen den staatlichen Vorschriften ist umgehend einzustellen. Ausstehende Kredite an Nicht-Banken sind innerhalb eines vorgegebenen Zeitraumes zurückzuführen.
2. Den Finanzinstituten ist die eigenmächtige Erhöhung von Spar- oder Kreditzinsen in verdeckter Form und in Konkurrenz zu anderen Banken um Spareinlagen nicht erlaubt. Bankangestellten ist die Berechnung oder Annahme von Provisionen für Bankkredite untersagt.
3. Die Banken dürfen keine Kredite an Unternehmen vergeben, die sie selbst gegründet haben.

13.7.93). Auch die Industrial and Commercial Bank of China sowie die Bank of China erklärten, daß sie die Kreditvergabe stärker kontrollieren wollten und die neue Geldpolitik der Zentralbank ausführen würden. Die Zentralbank hatte die Banken angewiesen, die Kredite auf die vorgegebenen Quoten zu beschränken.

Die ABC will nach Aussagen von Ma Yongwei, dem Direktor der Bank (der einem Bericht der Ming Bao vom 9.7.93 nach entlassen worden sein soll) die Kredite für ländliche Unternehmen und Anlageinvestitionen einschränken. Statt dessen sollen Finanzmittel in die Landwirtschaft und für den Ankauf landwirtschaftlicher Produkte verwandt werden.

Der Direktor der People's Construction Bank of China, Zhou Daojiong, kündigte an, daß seine Bank die Priorität auf die Finanzierung von staatlichen Schlüsselprojekten in den Bereichen Landwirtschaft, Telekommunikation, Transport, Energie, Rohstoffen und Wasserbau legen werde. Die Bank werde die Kreditvergabe für andere Projekte streng kontrollieren bzw. auf einen späteren Zeitpunkt verschieben.

Die ABC und die Construction Bank erklärten außerdem, daß sie die Praxis der Interbanken-Kredite beenden wollten. (SWB, FE/1741 B2/3, 15.7.93) -schü-

*(27)

Erneute Anhebung der Zinsen

Nach einer Erhöhung der Spar- und Kreditzinsen Mitte Mai d.J. sind zum 11.7.93 erneute Zinsanhebungen von der Zentralbank angekündigt worden. Die Sparzinsen auf Bankeinlagen steigen durchschnittlich um 1,72 Prozentpunkte und die Kreditzinsen um 1,38 Prozentpunkte. Weiterhin werden die Sparzinsen für Bankeinlagen mit einer Laufzeit zwischen drei und acht Jahren an die aktuelle Veränderung der Inflationsraten angepaßt. Die Anhebung der Sparzinsen resultiert in einen Zinssatz von nunmehr 10,98% statt 9,18% für Einlagen mit einer Laufzeit von einem Jahr.

Die Zinserhöhung soll nach Angaben der Zentralbank die Interessen der Sparer besser schützen. Die Bedeutung privater Spareinlagen hat im Verlauf

der Wirtschaftsreform erheblich zugenommen. Während 1978 die Spareinlagen der städtischen und ländlichen Bevölkerung erst einen Anteil von 18,6% ausmachten, stellten sie Ende 1991 über 50%. Bereits nach der ersten Erhöhung der Zinsen sollen die Spareinlagen wieder zugenommen haben. Angeblich stiegen sie im Mai um 20,8 Mrd. Yuan. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in Chinese, 10.7.93; in SWB, 12.7.93)

Kredite zur Vorzugsbedingungen werden weiter für den Ankauf von Getreide, Speiseöl und Baumwolle sowie für Energie-, Transport- und andere Infrastrukturprojekte vergeben. (Xinhua News Agency in English, 10.7.93; in SWB, 12.7.93)

Auch für Staatsanleihen, einschließlich solcher, die im letzten Jahr ausgegeben wurden, ist eine Erhöhung der Nominalzinsen vorgesehen. Für Anleihen mit einer dreijährigen Laufzeit steigen die Zinsen von 12,52% auf 13,96% und für Anleihen mit einer Laufzeit von fünf Jahren von 14,06% auf 15,86%. (IHT, 12.7.93)

Da immer noch ein großer Teil der geplanten Emission von Staatsobligationen mit einem Volumen von 30 Mrd. Yuan nicht untergebracht ist, soll die Regierung einem Bericht der IHT zufolge die Praxis des zwangsweisen Verkaufs von Anleihen wieder aufgenommen haben. (IHT, 12.7.93) -schü-

*(28)

Zentralregierung will willkürliche Abgabenerhebungen in ländlichen Gebieten beenden

Auf einer nationalen Arbeitskonferenz über die Reduzierung der finanziellen Belastungen der Bauern am 20.6.93 wurde die Aufhebung von insgesamt 37 Arten von Abgaben und Gebühren beschlossen. Zu den abgeschafften Gebühren und Beitragszahlungen zählen beispielsweise solche für Einrichtungen der Energiegewinnung, medizinische Einrichtungen, sanitäre Einrichtungen und für Bau, Unterhaltung und Verwaltung von Wasserbauprojekten. Untersagt wurde auch die weitere Erhebung von Beitragszahlungen für Subventionen an ländliche Ärzte, Radiostationen, Wiederaufforstung, für die forstwirtschaftliche Verwaltung, etc.

Eine wesentliche Rolle bei der Finanzreform, so Zhu Rongji, sei die Stärkung der Funktion der Zentralbank, um eine einheitliche und wirkungsvolle makroökonomische Kontrolle durchzusetzen. Die Zentralbank müsse eine unabhängige und einheitliche Geldpolitik unter Leitung des Staatsrates durchführen können, um gesamtwirtschaftliches Angebot und Nachfrage auszugleichen und die Währung zu stabilisieren. (Xinhua News Agency in English, 9.7.93, in SWB, 15.7.93)

Der Herstellung der Ordnung auf den Finanzmärkten dient auch ein Rundschreiben der Zentralbank von Anfang Juli an alle Lokalregierungen, denen die ungenehmigte Emission von Investmentfonds untersagt wird. Nur die Zentralbank sei berechtigt, Kapitalanlagegesellschaften zuzulassen und die Ausgabe von Investmentfonds zu genehmigen. Die Zentralbank kündigte weiterhin an, daß die vor April 1993 gegründeten Investmentgesellschaften und die von ihnen emittierten Wertpapiere einer gründlichen Überprüfung unterzogen würden. (Jingji Daobao, Hongkong, in Chinese, 5.7.93, in SWB, 10.7.93) -schü-

*(26)

Spezialbanken wollen Kredite verknappen

Die Agricultural Bank of China (ABC) und die People's Construction Bank of China haben am 12.7.93 die strenge Kontrolle über Bankkredite angekündigt. (Xinhua News Agency in English,

Im Namen des Staatsrates kündigte der Landwirtschaftsminister Liu Jiang ebenfalls die neue Politik gegenüber der zwangsweisen Erhebung von Abgaben und Gebühren sowie von Zusatzgebühren an. So sollen alle Lokalregierungen nach dem Prinzip der freiwilligen Beteiligung an Rentenversicherungen und anderen Versicherungen in den ländlichen Gebieten verfahren. Dies gelte auch für die Einziehung von Gebühren für die Einführung und Herausgabe von Zeitungen und Zeitschriften, für die Beglaubigung von Getreideankaufsverträgen, hydrologische Untersuchungen, Wetterberichten, etc. Auch dürfte an gebührenpflichtige Aktivitäten wie Heirats-, Haushalts- oder Geschäftsregistrierungen keine Zusatzgebühr gebunden werden. (JJRB, 21.6.93; Xinhua News Agency Domestic Service in Chinese, 20.6.93, in: SWB, 23.6.93)

Die steigende finanzielle Belastung durch Gebühren und Steuern der lokalen Verwaltungen haben in den letzten Monaten viele Proteste der Bauern ausgelöst. Obwohl die Zentralregierung mehrmals dringende Rundschreiben mit Anweisungen über die Beschränkung der Höhe der Abgaben und Gebühren auf 5% des Jahreseinkommens und über Art der erlaubten Abgaben ausgegeben hatte, scheint dies die lokalen Verwaltungen jedoch wenig beeindruckt zu haben. Hierauf geht auch ein Artikel in der *Renmin Ribao* vom 8.6.93 ein, der beklagt, daß einige Lokalregierungen diese Bestimmungen der Zentralregierung nicht als rechtlich bindend betrachteten bzw. sie auf eine andere Weise als vorgesehen durchsetzten. -schü-

*(29)

Bauern protestieren gegen willkürlichen Abgaben und Verschlechterung ihrer Einkommenssituation

Die Unzufriedenheit der Bauern soll sich nach Angaben der SCMP vom 26.6.93, die sich auf Informationen entsprechender Sicherheitsorgane in der VR China beruft, in mehr als 170 auch gewalttätigen Protesten gegen die Lokalregierungen niedergeschlagen haben. Unruhen unter der ländlichen Bevölkerung über willkürliche Abgabenerhebungen, die Ausgabe von Schuldscheinen anstelle von Bargeld beim Verkauf landwirtschaftlicher Produkte

an staatliche Ankaufsstationen sowie über den entschädigungslosen Entzug von Landnutzungsrechten für die Ansiedlung von Industriebetrieben werden aus verschiedenen Provinzen wie Sichuan, Henan, Anhui, Jiangsu und Fujian gemeldet.

Der wohl größte Zwischenfall fand im Kreis Renshou, Provinz Sichuan, statt (siehe hierzu bereits auch "Bauernunruhen in Sichuan", in: C.a., April 1993, S. 319/320). -schü-

*(30)

Alarmierende Zunahme von Wirtschaftskorruption und -betrug

In den letzten Wochen wurden eine Reihe schwerer Fälle von Wirtschaftskorruption und -betrug bekannt. Hierzu zählt beispielsweise auch der inzwischen landesweit bekannte Fall der Beijing Great Wall Machinery and Electronic Technology Development Corp. Das Unternehmen, dessen Konten eingefroren wurden, mußte ein Konkursverfahren einleiten. Der Generalmanager, Shen Taifu, wurde inzwischen verhaftet und ein Verfahren gegen ihn wegen Bestechung und Betrug eröffnet.

Nach offiziellen Angaben wurde das Great Wall-Unternehmen 1989 von Shen Taifu als Kollektivunternehmen mit einem Grundkapital von 300.000 Yuan gegründet. Shen kaufte ein Patent für die Entwicklung neuer Motoren und gründete in Hainan und Changchun zwei Niederlassungen. In den folgenden Jahren geriet das Unternehmen jedoch aufgrund der Verschwendungssucht von Shen Taifu in zunehmende finanzielle Schwierigkeiten. Unter dem Vorwand, energiesparende Motoren entwickeln zu wollen, schloß das Unternehmen Technologieverträge mit Investoren ab und gab ab Mai 1992 Anleihen mit einem Nominalzinssatz von 24% aus.

Bereits innerhalb weniger Monate sollen Anleihen mit einem Volumen von rund 1 Mrd. Yuan in 17 Städten verkauft worden sein. Die mit Investoren abgeschlossenen Technologieverträge sahen vor, daß Great Wall innerhalb eines Jahres Produkte mit einem Wert von 100 Mio. Yuan herstellen sollte. Im März 1993, nach sechs Monaten, hatte das Unternehmen jedoch erst 60 Motoren zu einem Wert von 6 Mio. Yuan verkauft.

Im offiziellen Bericht der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua wird ausführlich auf die hohen Ausgaben des Unternehmens und die angebliche Verschwendungssucht Shen Taifus eingegangen. So sollen insgesamt 120 Tochtergesellschaften gegründet worden sein, die jeweils mit Fahrzeugen der Luxusklasse, Häusern und Einrichtungen im Werte von rund 1 Mio. Yuan ausgestattet wurden. Shen Taifus extravaganter Lebensstil wird in dem Bericht kritisiert; so soll er das Geld der Investoren u.a. in teuren Hotelsuiten und Restaurants verschwendet haben.

Um das persönliche Risiko im Falle eines Konkurses zu reduzieren, habe Shen Taifu versucht, das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Durch Steuerzahlungen in Höhe von 11 Mio. Yuan innerhalb von zwei Monaten sollte der Eindruck einer guten wirtschaftlichen Leistung des Unternehmens erweckt werden. Die Zentralbank intervenierte am 6. März d.J. jedoch und warnte die Investoren, daß die Great Wall Anleihen ausgab, die bereits den Wert des Anlagevermögens überschritten hatten. Gleichzeitig wurden die Konten des Unternehmens von der Zentralbank eingefroren. Shen Taifu wehrte sich gegen diese Maßnahme und erhob Klage gegen die Zentralbank. Auf Pressekonferenzen am 29. und 31.3.93 in Beijing beschuldigte Shen Taifu die Zentralbank, unberechtigt in seine Geschäfte einzugreifen und eine Fortführung seines Unternehmens zu behindern, so daß ihm nur die Möglichkeit bliebe, die Great Wall im Ausland zu versteigern. Auch kündigte er eine weitere Erhöhung der Dividende auf 48% an. Mit einem gefälschten Paß soll dann Shen Taifu am 31.3. versucht haben, nach Südchina zu fliegen, wurde jedoch am Flughafen verhaftet. Erste Untersuchungen des Zentralen Verwaltungsamtes für Industrie und Handel sollen gezeigt haben, daß das Unternehmen hohe Verluste gemacht hat. (XNA, 24.6.93) Von den 970 Mio. Yuan, die das Unternehmen unter Umgehung der staatlichen Vorschriften ausgegeben hatte, sollen lediglich noch rund 500 Mio. Yuan vorhanden sein. Die 200.000 Anleger werden Schätzungen zufolge lediglich 30% ihres eingesetzten Kapitals zurückerhalten können. (*Ming Bao*, Hongkong, in Chinese, 28.5.93; in SWB, 14.6.93)

Die Hongkonger *Wen Hui Bao* berichtete außerdem, daß die Great Wall an eine größere Anzahl von Pressereportern und Funktionären Bestechungsgelder gezahlt hätte. (*Wen Hui Bao*, Hongkong, 8.6.93, in Chinese, in: SWB, 14.6.93) Die *Ming Bao* nennt eine Zahl von 200 Personen, die auf Abteilungs- und Amtsebene in den Fall verwickelt seien. Li Xiaoshi, stellvertretender Minister der Staatlichen Wissenschafts- und Technologiekommission und Direktor der Tageszeitung für Wissenschaft und Technologie (*Keji Ribao*) sowie sechs Reporter sollen inzwischen verhaftet worden sein. (*Ming Bao*, 19.6.93, Hongkong in Chinese, in: SWB, 23.6.93)

Auffällig an diesem Fall ist, daß offiziell doch relativ lange gezögert wurde, bis gegen die Great Wall vorgegangen wurde. Da jedoch die ungenehmigte Ausgabe von Wertpapieren und die Emission von Anleihen mit extrem hohen Zinssätzen ein zusätzliches Problem für die Regierung bei der Ausgabe der eigenen Staatsobligationen geworden ist, liegt es nahe, daß durch die Intervention durch die Zentralbank ein abschreckendes Beispiel geschaffen werden sollte. Wie die FAZ am 29.6.93 kommentiert, wollte die Regierung letztlich auch ihren Willen zeigen, gegen Auswüchse der "sozialistischen Marktwirtschaft" vorzugehen und demonstrieren, daß sie die Kontrolle über die wirtschaftlichen Aktivitäten behalten habe.

Ein zweiter schwerer Fall von Wirtschaftsbetrug betrifft die Ausgabe von gefälschten Kreditbriefen durch Mitarbeiter der Agricultural Bank of China (ABC) im April dieses Jahres. Beteiligt waren außerdem die Auslandschinesen Raymond Lee und Francisco Hung Moy, Präsident der United Asia (Group) Corp., die in New York registriert ist, und der Direktor einer Zweigstelle der ABC in Hengshui, Provinz Hebei. Hung Moy stellte einen Kreditbrief im Namen einer nicht existierenden United National Republic Bank in Russia mit einem Volumen von 10 Mrd. US\$ zugunsten des ebenfalls nicht existierenden International Finance Department der ABC-Zweigstelle Hengshui mit einer Laufzeit von einem Jahr aus. Den gefälschten Kreditbrief nutzte der Direktor der ABC-Bank in Hengshui, um 200 unwiderrufbare und übertragbare Kreditbriefe mit der United Asia Crop. als Bürgen auszugeben.

Die Zentrale der ABC hat inzwischen erklären lassen, daß diese Kreditbriefe illegal sind und die ABC keine Verantwortung hierfür übernimmt. (XNA, 19.6.93; Xinhua News Agency in English, 16.6.93, in SWB, 23.6.93) Angeblich soll der Präsident der Agricultural Bank of China, Ma Yongwei, inzwischen von seinem Posten entbunden worden sein. Als Grund für seine Entlassung wird der oben erwähnte Fall gefälschter Kreditbriefe genannt, aber auch die Verwendung von Kreditmitteln, die für den staatlichen Ankauf landwirtschaftlicher Produkte bestimmt waren, von den lokalen Zweigstellen jedoch für andere Zwecke wie Immobilienspekulation eingesetzt wurden. (*Ming Bao*, Hongkong, in Chinese, 8.7.93, in: SWB, 10.7.93)

Über einen größeren Bestechungsskandal berichtet die *Guangning Ribao* am 14.6.93. So soll die stellvertretende Generalmanagerin eines Bauunternehmens in Shenzhen, Zeng Lihua, Bestechungsgelder in Höhe von mehr als 9,5 Mio. US\$ erhalten haben. Die Gelder wurden Zeng von zwei Hongkonger und einem Guangdonger Unternehmen gezahlt, die Partner in drei Grundstücksentwicklungsprojekten in der Provinz Guangdong waren. Zeng hatte gegenüber den Unternehmen erklärt, daß sie die Verwaltung bestechen müßte, um einen problemlosen Ablauf der Geschäfte zu garantieren.

In einem Artikel in der *China Economic News* vom 24.5.1993 wird auf das Problem der zunehmenden Korruption allgemein eingegangen. So sei es eine weit verbreitete schlechte Gewohnheit geworden, daß bei öffentlichen Anlässen wie bei Pressekonferenzen, Handelsgesprächen, Verkaufsausstellungen, Festen und Arbeitstreffen Geldgeschenke gemacht würden, um Anreize für eine Teilnahme an diesen Aktivitäten zu bieten. Bei solchen Gelegenheiten würden Geldgeschenke mehrere 100 Yuan betragen, also dem Niveau des Monatseinkommens eines mittleren Funktionärs entsprechen. Die Geldgeschenke, oftmals nach traditionellem Brauch in rotem Papier verpackt, würden nicht nur die Öffentlichkeit entrüsten, sondern auch ausländische Geschäftsleute abstoßen, die bei solchen Aktivitäten zugegen seien. Geldgeschenke, die als "Schmiermittel" bei offiziellen Aktivitäten vergeben würden, könnten die Grenze zwischen Bestechung und normalem Geschäftsablauf verwischen.

Die *China Economic News* bzieht sich in diesem Zusammenhang auf eine Äußerung Deng Xiaopings: Sollte diese Entwicklung nicht kontrolliert werden, so wird Deng zitiert, "...it will backfire against the economic development and turn society into a world of corruption, thievery and bribery". Dementsprechend sei die vom ZK und dem Staatsrat kürzlich ausgegebene Anweisung, die es den Partei- und Regierungsabteilungen und ihren Angestellten verbietet, Geldgeschenke anzunehmen, gerade zum richtigen Zeitpunkt gekommen. Allerdings sei die Öffentlichkeit nicht sicher, ob diese Ermahnungen zur Disziplin ausreichen würden. Die *China Economic News* glaubt, daß neben dem Moralisieren konkrete Schritte notwendig seien, wie beispielsweise die Bildung eines öffentlichen Dienstes. -schü-

*(31)

Elektronikindustrie: Schlüsselfunktion soll durch eigenes Ministerium stärker gefördert werden

Die Elektronikindustrie konnte in den letzten Jahren durchschnittliche Wachstumsraten von 20% jährlich verzeichnen. Zu dieser Branche zählen inzwischen rund 17.000 Unternehmen mit 1,8 Mio. Beschäftigten; ca. 200.000 Wissenschaftler und Techniker arbeiten für die Elektronikindustrie. Im Jahre 1992 überschritt der Outputwert der Industrie die 100-Mrd.-Grenze. Mit einem Exportwert von 6,87 Mrd. US\$ betrug der Anteil dieses Industriezweiges am Gesamtexport 8,47%.

Zu den wichtigsten Exportprodukten zählen Satelliten-Bodenstationen, Fernsehgeräte, Ausrüstungen für Laser-Photosatz, elektrische Haushaltsgeräte und elektronische Komponenten. Im letzten Jahr wurden u.a. 5 Mio. Farbfernsehgeräte exportiert und 120 Mio. Aufnahmegeräte. Der weltweite Anteil der chinesischen Exporte an Schwarz-Weiß-Fernsehgeräten stieg auf 30%; der Exportanteil bei Computer-Hardware auf 10%. Mit Vietnam, Birma (Myanmar) und der Mongolei bestehen vertragliche Vereinbarungen über die Lieferung von Satelliten-Bodenstationen und Rundfunksender.

Trotz dieser offensichtlichen Erfolge besteht nach Angaben aus dem Elektronikministerium ein starker Modernisierungsbedarf, der mindestens für

die Hälfte aller Unternehmen dieser Branche zutreffen. Aus diesem Grunde will die Industrie verstärkt mit ausländischen Unternehmen kooperieren. (XNA, 16.6.93; Xinhua News Agency in English, 15.6.93, in SWB, 30.6.93)

Die Elektronikbranche gilt als Schlüsselindustrie für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Mit dem Anfang Juni 1993 wieder neu gegründeten Ministerium für Elektronik soll ihre herausragende Bedeutung betont werden. Der stellvertretende Ministerpräsident Zou Jiahua erklärte anlässlich der Gründungszeremonie, daß das Elektronikministerium wieder eingerichtet wurde, um der Wirtschaft mehr Informationen zu liefern und den Modernisierungsprozeß zu beschleunigen. Der neu ernannte Minister der Elektronikindustrie, Hu Qili, nannte als wesentliche Aufgaben des Ministeriums die Ausarbeitung von Entwicklungsstrategien, Richtlinien und Bestimmungen, Stärkung der Verwaltung der Militärindustrie, den Aufbau von Märkten, die makroökonomische Steuerung und Kontrolle, die Förderung von Wissenschaft und technischem Fortschritt, die Verbreitung von Informations-Dienstleistungen und die Unterstützung von Unternehmensgruppen. Zum neuen Ministerium zählen 10 Abteilungen und Ämter mit insgesamt 300 Mitarbeitern. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in Chinese, 8.6.93, in SWB, 11.6.93) -schü-

*(32)

Neuorganisation von Textil- und Leichtindustrie

Anfang Juni d.J. wurden die Ministerien für Textil- und Leichtindustrie ersetzt durch den neu gebildeten China National Textile Council (Zhongguo fangzhi zonghui) und den China National Light Industry Council (Zhongguo qinggong zonghui). Die Neustrukturierung wurde auf der 1. Plenartagung des 8. NVK im Frühjahr d.J. beschlossen.

Die neuen Organisationen sollen einen vergleichbaren Rang wie Ministerien besitzen und direkt dem Staatsrat unterstehen. Wu Wenyong, ehemalige Ministerin der Textilindustrie, wurde Präsidentin des China National Textile Council; Ye Zhen ist der Präsident des China National Light Industry Council. Zu den wesentlichen Aufgaben der Councils zählen die Ausarbeitung von

Entwicklungsplänen und Richtlinien für die jeweilige Industrie, die Umsetzung der industriepolitischen Maßnahmen sowie die Bereitstellung von Dienstleistungen für die Unternehmen.

China zählt inzwischen zu den wichtigsten Textilproduzenten weltweit. Der Outputwert der Textilindustrie macht rund 16% des gesamten Industrieoutputs aus; seit 1986 trägt die Branche mit ca. 25% zum Gesamtexport bei. (XNA, 31.10.92) Die Leichtindustrie stellt einen Anteil am Gesamtexport von einem Drittel. Dieser Industriezweig soll als einer der ersten marktwirtschaftlichen Bedingungen ausgesetzt werden. Yu Zhen zufolge werde bereits heute ein großer Teil der leichtindustriellen Produktion durch Angebot und Nachfrage bestimmt. (XNA, 9.6.93) -schü-

Taiwan

*(33)

Bemühungen um Rückkehr in die UNO

Die Regierung Taipei, die ihren Sitz in der UNO als Vertretung für China 1971 an Beijing verloren hat, unternimmt seit Mai große Anstrengungen, wieder in die Weltorganisation zurückzukehren. Am 17. Mai veröffentlichte das Außenministerium eine Broschüre mit dem Titel "Beteiligung der Republik China an den Vereinigten Nationen", worin der starke Wille Taiwans zur Rückkehr in die UNO zum Ausdruck gebracht wurde. Während die internationale Gemeinschaft mit ihrem Beschluß von 1971 die komplizierte Chinafrage nicht habe lösen können, sei die Republik China (Taiwan), die weltweit an 14. Stelle im Außenhandel, 7. Stelle bei Auslandsinvestitionen, 20. Stelle nach dem Bruttosozialprodukt sowie an 2. Stelle nach Devisenreserven stehe und seit Jahren zahlreichen Entwicklungsländern technische und finanzielle Hilfe gewähre, bereit und berechtigt, ein aktives und kreatives Mitglied der UNO zu werden. Zur Untermauerung seines Anspruchs beruft sich das Ministerium auf die Präzedenzfälle der Doppelrepräsentation von Deutschland vor der Wiedervereinigung und von Korea.

Beide Seiten der Taiwan-Straße halten nach wie vor an der chinesischen Einheit fest. Jedoch weicht Taipei im Gegensatz zu Beijing seit drei Jahren von dem Standpunkt ab, die Alleinvertretung von Gesamtchina zu beanspruchen, und meint, daß in China zur Zeit zwei gleichberechtigte politische Gebilde beständen. Davon ausgehend will es auch eine Doppelerkennung zweier chinesischer Regierungen akzeptieren. Ende September letzten Jahres erhielt es nach 33 Monaten Verhandlungen wieder einen Beobachterstatus in der internationalen Handelsorganisation GATT, die mit der UNO verbunden ist.

Um die Unterstützung der Bevölkerung und ausländischer Regierungen für die Rückkehr in die UNO zu gewinnen, hat Taipei die Broschüre in mehreren Sprachen weltweit verteilt. Am 9. Juni wurde von Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) eine Konferenz mit verantwortlichen Politikern auf hoher Ebene einberufen, um die Strategie für die Rückkehr in die UNO zu erörtern. Ferner soll ein "Mobilisierungsbefehl" für die Ausführung des Plans erlassen worden sein. (LHB, 10.6.93) Allerdings ist noch immer nicht klar, wie das Ziel erreicht werden kann.

Nach Artikel 4 der UN-Charta benötigt ein Land für seinen Beitritt als neuer Mitgliedsstaat die Empfehlung des Exekutivrats und den Beschluß der Generalversammlung. Diese Tür ist für Taiwan so gut wie verschlossen, weil Beijing als ständiges Mitglied mit Vetorecht im Sicherheitsrat sitzt und weiterhin die Anerkennung zweier chinesischer Regierungen ablehnt. Es besteht jedoch die Möglichkeit, daß die Generalversammlung nach Artikel 18 der UN-Charta das Thema der chinesischen Repräsentation als eine wichtige Frage erneut behandelt und mit einer Zweidrittelmehrheit zugunsten Taiwans beschließt. Zur Zeit haben aber nur 29 Staaten Taiwan als Republik China anerkannt.

Durch Gewährung von Entwicklungshilfe ist es Taiwan in den letzten Jahren gelungen, mit einigen kleineren Staaten Mittelamerikas und Afrikas diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Pressemeldungen zufolge wird Taiwan nun auch denjenigen Staaten Entwicklungshilfe geben, die in der UNO Taiwans Beitritt unterstützen.